

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Mobilitätsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.02.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Monika Annette Wenzel

Bemerkung

Gremienmitglieder

Name

Noah Wagner

Dr. Heike Wolf

Kaj Neumann

Peter Blum

Gaby Breuer

Dr. Sebastian Breuer

Wilfried Fischer

Daniel Hecker

Ralf Demmer

Rolf Winkler

Stefan Dussin

Lis Weilandt

Christian Hofmann

Jörg Hans Lindemann

Dr. Andreas Nositschka

Laurenz Lehmann

Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Julian Kistner

Bemerkung

Vertretung für: Burkhard Fahl

Vertretung für: Nicolai Vincent Radke

Vertretung für: Jörg Veltrup

Schriftführung

Name

Silke Retterath

Bemerkung

Abwesend

Gremienmitglieder

Name

Burkhard Fahl
Nicolai Vincent Radke
Jörg Veltrup

Bemerkung

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Gäste:

Driessen, Kathrin, ASEAG
Reufsteck, Esther, APAG
Strack, Caline, AG Behindertenhilfe
Demmer, Ralf, Integrationsrat
Winkler, Rolf, Seniorenrat

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2025	
3	Haushaltsberatungen 2025, sowie mittelfristige Finanzplanung bis 2028	FB 68/0151/WP18
4	Kommunale Wärmeplanung – Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG)	FB 36/0536/WP18
5	Erfolgreiche Zusammenarbeit von RWTH und Stadt Aachen: Aktueller Stand des Förderprojektes KLIMACS	FB 68/0152/WP18
6	Regionale Mobilitätswende, hier: Planung und Ausbau Netz Mobilstationen	FB 68/0144/WP18
7	Verflechtungsgebiet Harscampstraße – Schildstraße – Schildplatz; hier: Ausführungsbeschluss	FB 68/0128/WP18
8	Fortschreibung Leitlinie Außengastronomie hier: Sachstandsbericht zum laufenden Prozess	FB 61/1062/WP18
9	Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb strassen.nrw	FB 68/0138/WP18
10	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Lindemann berichtet, man habe in der gestrigen Sitzung der Bezirksvertretung Mitte den TOP Harscampstraße wegen Beratungsbedarfs geschoben, so dass er darum bitte, hier identisch zu verfahren.

Auf Nachfrage erläutert Frau Roder von der Verwaltung die Zeitschiene des Bauvorhabens, die recht eng und vor allem in Abhängigkeit mit Arbeiten der Regionetz getaktet sei, an die man anschließen wolle. Daher bitte sie darum, dass Änderungswünsche der Politik der Verwaltung unverzüglich zugehen mögen, nicht jedoch erst mit Behandlung des Themas in der nächsten Sitzung, da dies sonst zu zeitlichen Problemen führe. Das Gremium nimmt dies zur Kenntnis und vertagt anschließend einstimmig den Tagesordnungspunkt. Weitere Anträge gibt es nicht.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2025 ungeändert beschlossen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2025

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 3 Enthaltungen

Zu 3 Haushaltsberatungen 2025, sowie mittelfristige Finanzplanung bis 2028 geändert beschlossen FB 68/0151/WP18

Die Ausschussvorsitzende legt fest, dass die eingebrachten Vorschläge zur Beschlussergänzung nach der Größe der Fraktionen eingebracht und beraten werden.

Gestartet wird demnach mit dem Ergänzungsvorschlag der Fraktionen Grüne und SPD, welcher von Herrn van den Hurk vorgestellt wird.

Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorarbeit und den schon sehr gut aufgestellten Haushalt der Stadt Aachen. Man wolle im Mobilitätsbereich viel tun, was natürlich mit steigenden Zahlen und auch vielen Baustellen einhergehe, die aber aus seiner Sicht richtig und wichtig seien. Jetzt sei allerdings ein Maß erreicht, wo man das Ganze nicht noch weiter steigern wolle und daher habe man sich auch nicht für die Einbringung zusätzlicher Mittel, sondern um Verlagerung bzw Streichung von Geldern entschieden. Wichtigster Punkt sei die Verlagerung von 500.000€ jährlich aus dem konsumtiven Bereich in den investiven Bereich aus dem Themenfeld Ladeinfrastruktur. Hier wolle man die Zuschüsse, die die Stadt den privaten Unternehmen für die Errichtung solcher Ladesäulen zahle, investiv darstellen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Breuer erläutert Herr van den Hurk die finanziellen Auswirkungen dieser Verschiebung bzw. Zuschüsse noch einmal detaillierter.

Herr Nositschka erkundigt sich, ob man das Ganze denn dann vertraglich so ausgestalten könne, dass die Ladesäulen Eigentum der Stadt Aachen seien, was ja durch die investive Zuordnung eigentlich Voraussetzung sei. Herr Müller bestätigt, dass eine entsprechende vertragliche Ausgestaltung im Sinne einer öffentlichen Nutzung möglich sei.

Frau Ausschussvorsitzende Wenzel schlägt vor, über alle drei eingebrachten Maßnahmen der Koalition gemeinsam als Paket abzustimmen.

Die Beschlussvorschläge aller Fraktionen sind in Allris als Anlage hinterlegt.

Der Ausschuss beschließt die von der Koalition eingebrachten Änderungsvorschläge:

Maßnahme	PSP Element		2025	2026	2027	2028
Projekt MoKA	4-120201-926-1 54310000	K	-100.000			
Projekt MoKA	4-120201-926-1 41400000	K	80.000			
Neueröffnung Radstation	4-120201-999-1	K	-100.000			
Zuschussp. Öffentliche Ladeinfrastruktur	4-120201-939-1	K	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000
Zuschussp. Öffentliche Ladeinfrastruktur		I	500.000	500.000	500.000	500.000

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Als nächstes stellt Ratsfrau Breuer den Änderungsvorschlag der CDU Fraktion vor. Sie seien sehr verwundert darüber gewesen, dass das PSP Element für die Verbesserung des ÖPNV um 1 Million Euro gekürzt worden sei. Daher wolle sie vorschlagen, diesen Posten wieder um diese Million auf den vorherigen Betrag zu erhöhen. Der ÖPNV sei elementar wichtig, so dass es hier ein absolut falsches Signal sei, Mittel zu kürzen. Herr Nositschka erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Mittel wirklich netto gekürzt worden seien, oder ob sie lediglich verschoben worden seien. Falls sie gekürzt wurden, interessierten ihn die Gründe.

Herr Müller erläutert, man wolle nur die Mittel in den Haushalt einstellen lassen, die man auch wirklich realistisch in dem Jahr verausgaben könne. In diesem Fall sei die Verwaltung der Meinung, dass man inklusive der zur Verfügung stehenden Übertragungsmittel ausreichend Gelder für das Jahr 2025 zur Verfügung habe.

Ratsherr Breuer verweist darauf, dass wenn man sich die Ist- Werte aus dem Jahr 2024 ansähe, keine Mehreinkplanung von Mitteln notwendig sei. Aus diesem Grund werde er nicht zustimmen.

Herr Hofmann zeigt sich verwundert über den geringen Mittelabfluss im letzten Jahr. Man solle lieber schauen, wo man die Mittel sinnvoll einsetzen könne, statt als Folge Gelder einzukürzen und sich somit Möglichkeiten zu verbauen.

Wenn man die Verkehrswende wolle, dann müsse man Gelder einplanen und ausgeben und im Zweifel die Prioritäten der Arbeiten anders setzen, so Herr Lindemann.

Herr van den Hurk weist darauf hin, dass es sich hier um die Kostenart für Tiefbaumaßnahmen handle und gibt zu bedenken, dass aus seiner Sicht keine größeren Straßenprojekte für Busspuren so weit fortgeschritten seien, dass sie dieses Jahr umgesetzt werden könnten. In den Folgejahren habe man indes wieder mehr Mittel einge-

plant.

Ratsfrau Breuer gibt noch einmal zu bedenken, dass man sehr hohe Summen für den Bereich Radverkehr eingeplant habe und es aus ihrer Sicht nicht richtig sei, beim ÖPNV zu kürzen.

Durch die Übertragung der Mittel aus Vorjahren sei genügend Geld da, so Ratsherr Breuer. Das sei schließlich die Aussage der Verwaltung. Daher unterstütze er diese Einschätzung.

Er halte den ÖPNV für den wichtigsten Baustein der Verkehrswende, so Ratsherr Blum. Zurückhaltung an dieser Stelle könne nicht der richtige Weg sein. Er befürworte den Vorschlag.

Herr Lindemann verweist auf bestehende Beschlüsse zu einzelnen Straßen, wie dem Adalbertsteinweg. Wenn man die starken Achsen ausbauen wolle, brauche man mehr Busspuren.

Frau Ausschussvorsitzende Wenzel weist noch einmal darauf hin, dass Gelder, die nicht verausgabt werden, den Haushalt nur unnötig belasteten und man sich daher auf die Expertise der Verwaltung verlassen solle.

Ratsherr Hecker hat noch eine Nachfrage an die Verwaltung. Bei der Position Ausbau Verkehrsmanagement sei im letzten Jahr nur 172.000€ ausgegeben worden. Ab 2026 sei das Konto auf Null gesetzt, weshalb er sich frage, wie man das Ziel ohne Gelder erreichen wolle.

Es handele sich hierbei um ein Konto mit IKS Bezug, so Herr Müller. Künftig werde man die Infrastruktur aus anderen, straßenbezogenen Elementen finanzieren.

Das Gremium stimmt über den Änderungsvorschlag der CDU Fraktion, die Erhöhung der Position 5-120102-800-00800-300-1 Kostenart 78520000 um 1.000.000€ in Jahr 2025 ab.

Der Vorschlag wird mit 6 Zustimmungen, 1 Enthaltung und 10 Gegenstimmen abgelehnt.

Sodann stellt Herr Nositschka den Vorschlag der Fraktion Die Linke vor. Es gehe ihnen in ihrem Vorschlag um die Entlastung der Menschen, die das Deutschlandticket Sozial bezögen. Die Summe ergebe sich aus der überschlägigen Berechnung der Abonnenten, so dass seine Fraktion vorschlage für die Jahre 2025-2027 jeweils 612.000€ neu konsumtiv unter dem Inhalt „Zuschuss Preissenkung d-Ticket Sozial“ aufzunehmen.

Ratsherr Fischer gibt zu bedenken, dass das Deutschlandticket Sozial eine Einrichtung auf Landesebene sei, so dass der Vorschlag bedeute, dass Aachen eine Sonderlösung zu einem NRW Produkt eingehe. In Stadt und Städteregion gebe es stattdessen das Mobilticket als vergünstigtes Ticket.

Herr Nositschka zeigt sich bereit, eine entsprechende Anpassung der Benennung der Haushaltsposition vorzunehmen, wenn dadurch eine Einigung und somit Entlastung einhergehe.

Dafür bräuchte man leider immer noch eine Abstimmung mit der Städteregion und somit entsprechend zeitlichen Vorlauf, so dass dies keine Lösung sei, so Ratsherr Fischer.

Das Gremium stimmt über den Änderungsvorschlag der Fraktion Die Linke, die Einstellung von 612.000€ für die Jahre 2025-2027 auf einem neu einzustellenden PSP Element „Zuschuss Preissenkung d-Ticket Sozial“ ab.

Der Vorschlag wird mit 2 Zustimmungen und 15 Gegenstimmen abgelehnt.

Hiernach thematisiert das Gremium die an der Vorlage anhängenden Beschlüsse der BV Kornelimünster, von denen zwei Maßnahmen (Schleidener Straße und Vennbahnweg) die Produkte des Mobilitätsausschusses betreffen.

Herr van den Hurk merkt an, dass sich die Maßnahmen derzeit auf der §13 Liste des Haushaltes befinden. Nach Rücksprache mit Herrn Schoel vom Fachbereich Finanzsteuerung ist kein weiteres Tun des Gremiums von Nöten, sondern liegen die Beschlüsse in der Zuständigkeit des Finanzausschusses.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne und die konsumtiven Teilfinanzpläne der ihm zugeordneten Produkte sowie deren Produktblätter entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2025 mit dem Finanzzeitraum 2026 – 2028 inkl. der Veränderungsnachweisung und der in der Sitzung angenommen Änderungsanträge der Fraktionen Grüne und SPD.

Desweiteren beschließt der Mobilitätsausschuss, die in den beigefügten Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen der Jahre 2025 bis 2028 und die Verpflichtungsermächtigungen der zugehörigen Produkte unter Berücksichtigung der Veränderungsnachweisung.

Die Übersicht über die aufgrund § 13 KomHVO NRW nicht in die Investitionsplanung aufgenommenen Maßnahmen nimmt er zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 4 Kommunale Wärmeplanung – Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange am Planverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG) ungeändert beschlossen FB 36/0536/WP18

Herr Peukert und Herr Müller von der Verwaltung geben eine kurze Einführung in das Thema.

Ratsherr Neumann spricht seinen Dank an die Verwaltung und alle beteiligten Akteure aus. Es handele sich hier um einen ersten Baustein, den man aber in jedem Fall weiterdenken und gehen solle. Man müsse mit den damit einhergehenden Baustellen umgehen, denn in ihnen läge hier eine große Chance nach den Baumaßnahmen die Straßenoberfläche den heutigen Ansprüchen der Mobilitätswende anzupassen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung aus fachlicher Sicht zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den vorgelegten Entwurf der Wärmeplanung gemäß §13 Abs. 3 Wärmeplanungsgesetz einschließlich der Ergebnisse zur Eignungsprüfung, Bestands- und Potenzialanalyse für die Dauer von 30 Tagen in die nach § 13 Abs. 4 Wärmeplanungsgesetz vorgeschriebene öffentliche Beteiligung zu geben

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 5 Erfolgreiche Zusammenarbeit von RWTH und Stadt Aachen: Aktueller Stand des Förderprojektes KLIMACS zur Kenntnis genommen

Frau Wergen von der RWTH und Herr Weiser von der Verwaltung präsentieren zum Thema.
Frau Beigeordnete Burgdorff betont, wie wichtig die gute Zusammenarbeit mit der RWTH, aber auch mit allen anderen Hochschulen sei, damit die Bedarfe aller handelnden Akteure gedeckt werden können.

Ratsherr Fischer begrüßt das Projekt, gerade in einem solch studentischen Umfeld. Er habe das Gefühl, dass man damit auch ein Stück weit die ursprünglichen damaligen Planungen des Campus Melaten heilen wolle. Die Aspekte Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit seien dabei ein selbstverständlicher Bestandteil, den es zu berücksichtigen gelte.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 6 Regionale Mobilitätswende, hier: Planung und Ausbau Netz Mobilstationen geändert beschlossen FB 68/0144/WP18

Herr Lindemann berichtet, dass man in der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte einen geänderten Beschluss getroffen habe. Aus Sicht der Bezirksvertretung handele es sich bei den hier vorgestellten Stelen nicht um Mobilstationen, sondern lediglich um eine Art Wegweiser. Mobilstationen implizierten die Bereitstellung verschiedenster Sharingangebote an einem Ort. Er stellt dem Gremium Beispiele anderer Städte für solche Mobilstationen vor. Aus diesem Grund habe man sich in der Bezirksvertretung darauf geeinigt, die Worte „die vorgestellten“ aus dem Wortlaut des Beschlussvorschlages der Verwaltung zu streichen. Zudem verweist er darauf, dass beispielsweise im Kreis Düren schon über 40 Mobilstationen online zu finden seien, in Aachen hingegen keine einzige.

Ratsherr Blum berichtet, dass die Bezirksvertretung Brand die Vorlage einstimmig abgelehnt habe. Auch sie seien der Meinung, dass die vorgestellten Einrichtungen keine Mobilstationen, sondern viel eher ein Schaufensterprojekt seien. Das Konzept der Verwaltung sei ihnen nicht schlüssig erschienen.

Aus der Bezirksvertretung Eilendorf berichtet Herr Hofmann. Dort sei es auch noch um den Standort an sich gegangen. Die Bezirksvertretung sei der Meinung, dass eine solche Stele nicht auf dem Markt, sondern viel eher am Eilendorfer Bahnhof gut aufgestellt sei. Er frage sich, ob es vor dem Hintergrund der bezirklichen Beratungen nicht sinnvoll sei, das Ganze zu verschieben.

Teilweise sei es natürlich nur eine Benennung dessen, was schon sei, so Ratsherr Neumann. Aber es habe durchaus auch einen Mehrwert, eine Transparenz herzustellen, wo was zu finden sei. Das Ziel müsse freilich sein, bei künftigen Einrichtungen von Mobilstationen die Dinge aus anderen Städten mitzudenken und alle vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Er überlege, ob der Beschluss offen genug formuliert sei, um eine Mitgestaltung der Bezirksvertretungen zuzulassen, oder ob man ihn ändern müsse.

Beigeordnete Burgdorff verweist darauf, dass Aachen schlicht schon sehr weit sei, was das Angebot an Sharing-Angeboten angehe. Das falle ihnen jetzt auf die Füße, weil die Infrastruktur zwar vorhanden sei, aber eben nicht immer an einer Stelle. Bei Neueinrichtungen sei dies wieder etwas anderes, aber erstmal müsse man eine pragmatische Lösung für die vorhandenen Einrichtungen schaffen. Die Verwaltung wolle sich auf den Weg machen, man könne also gerne noch in den Bezirksvertretungen über das Wo nicht jedoch über das Ob bzw Wie diskutieren.

Man habe bereits 16 Mobilstationen, so Herr Müller. Diese tauchten derweil nur noch nirgendwo auf, weil dafür

die derzeit im Raum stehenden Stelen notwendig seien. Ohne diese erscheine man nicht auf der Karte, das wolle man jetzt nachholen.

Frau Ausschussvorsitzende Wenzel schlägt vor, sich an die Beschlussformulierung der BV Mitte anzuhängen und der Verwaltung die Anregungen mit auf den Weg zu geben.

Aus Sicht von Herrn Demmer sei der Beschluss keineswegs offen formuliert. Desweiteren frage er sich in Bezug auf die Förderung, ob die Voraussetzungen der barrierefreien Haltestellen und DFI Stationen gegeben seien. Die Mobilstation am Audimax habe seiner Einschätzung zufolge keine.

Herr Müller bestätigt, dass die Voraussetzungen der Barrierefreiheit einkalkuliert worden seien.

Man brauche natürlich noch neue zusätzliche Mobilstationen, so Herr Nositschka. Hier handele es sich eben um einen ersten Schritt, der umgesetzt werden solle. Er erkundigt sich, ob neben der Stele mit Hinweisen auf alle Angebote auch an den einzelnen Sharingstationen Hinweise auf die jeweiligen Stationen anderer Verkehrsmittel geplant seien oder ob diese im Zweifel noch nachgerüstet würden.

Man könne über kleinere Hinweise nachdenken, so Herr Müller. Allerdings wolle man das ganze natürlich auch nicht überfrachten.

Ratsherr Hecker gibt an, dass für ihn nur die Mobilstationen zählten, die auch unter einem Dach zusammen seien. In Haaren habe man beispielsweise die Haushaltsmittel für eine solche Mobilstation gestrichen.

Die Politik und die Verwaltung habe das Thema Shared Mobility bereits seit 10 Jahren schon gut vorangetrieben, so Frau Begeordnete Burgdorff. Man wolle diese Bemühungen durch die Stelen nun sichtbarer machen, aber natürlich solle damit dann noch nicht Schluss sein. Man nehme in Aachen eine Vorreiterrolle ein.

Frau Strack gibt zu bedenken, dass durch die Stelen keine Verschmälerung des Gehwegs entstehen dürfe. Auch auf die Barrierefreiheit der Stelen an sich durch entsprechende Unterstützungsangebote verweist sie.

Es sei eigentlich schade, dass alle aus dem Ausschuss sich einig seien, dass man Mobilstationen in guter Qualität wolle, aber das Thema an sich dennoch etwas schlecht geredet würde, fasst Ratsherr Breuer zusammen. Man wolle auch Mobilityhubs bauen mit gutem Standard bei künftigen Projekten, wo ihm direkt der Sportpark Soers einfallt. Er bitte darum, dass dann zu gegebener Zeit auch keine Diskussionen darüber entstünden, wie groß diese dann sein dürften, wenn sich jetzt alle einig seien.

Ratsherr Hecker kündigt an, sich bei der Änderung auf den Wortlaut der BV Mitte anschließen zu wollen, zufrieden sei man aber dennoch nicht. Man habe nach wie vor die Sorge, dass man dann nie das richtige kriegen werde, was man eigentlich wolle.

Auf die Bedenken von Ratsfrau Breuer, dass man aus ihrer Sicht keineswegs Vorreiter sei, sondern noch viel zu tun habe, erwidert Frau Ausschussvorsitzende Wenzel, dass man hier einen ersten Schritt in diese Richtung machen wolle.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** beauftragt die Verwaltung Mobilstationen im nrw – Design zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 2 Enthaltungen

**Zu 7 Verflechtungsgebiet Harscampstraße – Schildstraße – Schildplatz;
hier: Ausführungsbeschluss
 vertagt
 FB 68/0128/WP18**

Die Beratung wird vertagt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

**Zu 8 Fortschreibung Leitlinie Außengastronomie
hier: Sachstandsbericht zum laufenden Prozess
 ungeändert beschlossen
 FB 61/1062/WP18**

Herr Nositschka erkundigt sich bei der Verwaltung nach der Notwendigkeit der Beschlussfassung.

Es handele sich hierbei um ein äußerst anspruchsvolles Themengebiet, erläutert Frau Beigeordnete Burgdorff, weil man die Belange von vielen Akteuren berücksichtigen müsste. Daher sei es wichtig, regelmäßig eine Bestätigung einzuholen und die Politik Schritt für Schritt mitzunehmen.

Er habe keine Einwände, so Ratsherr Fischer. Allerdings hoffe er, dass der Ausschuss vor Verabschiedung der eigentlichen Leitlinie zu den mobilitätspolitischen Aspekten angehört werde, zu denen zum Beispiel die Bürgersteigbreiten und dergleichen mehr gehörten.

Frau Strack spricht ihren Dank für die gute Beteiligung ihrer Kommission aus.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss, zu beschließen, dass der Prozess zur Fortschreibung der Leitlinie Außengastronomie in der dargestellten Vorgehensweise weiterverfolgt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

**Zu 9 Sanierung der DB-Brücke, Horbacher Straße (L 231), Bauvorhaben durch den Landesbetrieb
 strassen.nrw
 zur Kenntnis genommen
 FB 68/0138/WP18**

Herr Müller berichtet zu dem Thema.

Ratsherr Fischer appelliert an die Verwaltung, die Bürgerhinweise bezüglich Engstellen und dergleichen mehr zu berücksichtigen. Er wünsche sich an dieser Stelle eine Verwaltung, die von sich aus handle und Präsenz vor Ort

zeige, so dass sie auf die unterschiedlichen Verkehrslagen reagieren könne.

Herr Nositschka wirft noch einmal das Thema Nutzung der Unterführung für den Fahrradverkehr auf. Außerdem solle die Verwaltung noch einmal prüfen, ob nicht doch eine Bedarfsampel sinnig sei, da Schülerlots*innen zum einen oftmals von Verkehrsteilnehmenden leider nicht gänzlich beachtet würden, diese aber auch zum Teil nach den unterschiedlichen Schulschlüssen der Kinder nicht immer vor Ort seien.

Ratsherr Wagner erkundigt sich, ob sich die Stadt bereits mit der Städteregion wegen des Einsatzes von Tempomessstellen abgestimmt habe.

Man nehme die Anliegen der Bürger*innen natürlich an und gehe auch darauf vor Ort ein, so Beigeordnete Burgdorff. Was man allerdings nicht leisten könne, sei tagesaktuell auf alle Einzelanfragen einzugehen. Gerne könnten solche Hinweise gebündelt weitergegeben werden, die Kolleg*innen könnten jedoch nicht überall gleichzeitig sein.

Man könne unmöglich das potenzielle Fehlverhalten eines jeden Verkehrsteilnehmenden voraussehen, so Herr Müller. Die Unterführung sei ein kritisches Thema, weil es dort sehr steil sei. Man könne jedoch darüber nachdenken, ob Fahrräder dort geschoben werden könnten. Bezüglich der Bedarfsampel sei man im guten Austausch mit dem Bezirksamt, was nun am sinnvollsten sei. Die Geschwindigkeiten werde man selbst je nach Bedarf prüfen, aber auch hier sein man in Abstimmung, zum Beispiel auch mit der Autobahn GmbH.

Herr Hofmann erkundigt sich, ob eine Abstimmung mit den Niederlanden erfolgt sei und wie es um die Umleitung des Schwerlastverkehrs bestellt sei, damit sich dieser nicht festfahre.

Ratsfrau Breuer rät, die erste Schleifenlösung wieder zurückzusetzen wegen der vielen Baustellen.

Die Brücke sei derzeit schon abgelastet, der richtige Schwerlastverkehr dürfe also gar nicht mehr dort fahren, so Herr Müller. Nichts desto trotz werde man natürlich die Umleitungen frühzeitig und großräumig ausweisen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Hamblock informiert das Gremium zur geplanten Baustelle in der Pontstraße und den damit einhergehenden verkehrlichen Auswirkungen.

Von Herrn Müller kommt hierzu noch der Hinweis auf eine Infoveranstaltung Mitte März.

Frau Strack erkundigt sich, ob die Verschiebung der Haltestellen ebenfalls barrierefrei sei.

Von Ratsherrn Neumann kommt der Vorschlag die kleine Turmstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren, um Rückstaus zu vermeiden.

Durch die Einbahnstraßenregelung werde man schon mehr Aufstellfläche generieren, so dass die Verwaltung

davon ausgehe, dass dies ausreiche. Im Zweifel könne man immer noch nachsteuern, so Herr Hamblock. Anschließend informiert er das Gremium zu dem neuen Verkehrszeichen der Fahrradzone.

Herr Müller informiert über den derzeitigen Sachstand in Sachen Ausschreibung Pedelecverleihsystem. Hier ende die Frist für die Angebote im März.

Da es keine Themen für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt, endet die Sitzung um 19:20 Uhr.

Monika Annette Wenzel
Ausschussvorsitzende

Silke Retterath
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin